

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustr. Beilage Volk und Zeit für einen Monat einisch. Bringerlohn 150 G.-Pfa., für Selbstabholer 140 G.-Pfa. — Durch die Post 2 G.-M. ohne Beleggeld. — Einzelnummer 10 G.-Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 22721 u. 24506, für die Inseraten-Abteilung 22721. **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 24506

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 30 G.-Pfa., bei Platzvorschrift 35 G.-Pfa., Familiennachrichten von Privatden die 10gepalt. Kolonelle 15 G.-Pfa., Reklamezettel 1.50 Goldm., Inserate v. ausw.: die 10gepalt. Kolonelle 35 G.-Pfa., bei Platzvorschr. 40 G.-Pfa., Reklamezettel 1.75 Goldm., Annahme bis 9 Uhr vorm.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die deutsche Antwort überreicht.

Mißlichkeiten auf der Konferenz.

SPD. London, 6. August. Die Chefs aller alliierten Delegationen hatten im Vorfeld eines zweiten Bevollmächtigten und eines Sachverständigen am Dienstag kurz vor Mittag im Auswärtigen Amt zusammen mit dem Reichskanzler Marx und Dr. Stresemann eine zweite Sitzung. Der Reichskanzler Marx überreichte im Namen der deutschen Delegation die schriftlich formulierte Antwort auf das Memorandum der Alliierten. Der britische Schatzkanzler Snowden schlug vor, die Prüfung der deutschen Antwort den zuständigen Ausschüssen zu überweisen. Herriot und andre Delegierte widersetzten sich dem und forderten, daß sie vorher von dem deutschen Dokument, das sie noch gar nicht hätten lesen können, Kenntnis nehmen müßten. Es wurde im Sinne Herriot's beschlossen.

SPD. London, 6. Aug. Die zweite gemeinsame Sitzung der Alliierten mit den Deutschen hat nicht den Verlauf genommen, den man gewöhnlich und anfänglich erwartet hatte. Sie begann um 11 1/2 Uhr vormittags und dauerte bis 1 Uhr. Nachdem die deutsche Delegation ihre Stellungnahme zu den gefassten Beschlüssen der alliierten Konferenz nach Rücksprache mit Macdonald am Dienstagabend schon am Mittwoch um 9 Uhr vormittags übermittelte und die Alliierten in einer gemeinsamen Sitzung zum deutschen Memorandum und Begleitbrief Stellung genommen hatten, sollte in der Chefbesprechung schon die Diskussion erfolgen. Die Sitzung wurde eingeleitet durch eine mündliche Erläuterung des deutschen Memorandums durch Marx, die ungefähr eine Stunde in Anspruch nahm. Im Verlauf der Uebersetzung der Ausführungen des Reichskanzlers ins Französische machte Herriot einen Zwischenruf, der in drastischer Weise die Bewunderung der französischen Delegation über den deutschen Standpunkt zum Ausdruck brachte. Auch Macdonald hat am Schluß der Uebersetzung ins Englische geäußert, daß Marx eine Reihe von Fragen angestreift habe, die mit dem Gutachten nicht zusammenhängen. Tatsächlich ist in dem deutschen Memorandum und im Begleitbrief zum Memorandum und ebenso in der Rede von Marx u. a. die Räumung der Frage angestreift worden. Die Wirkung dieses Vorgehens der deutschen Delegation bei den Alliierten ergab sich aus der sofortigen Vertagung der Sitzung. Eine neue Chefbesprechung wurde auf 9 Uhr abends festgesetzt. Die deutsche Delegation erstete nach der Rückkehr von der Konferenz dem Dolmetscher Dr. Michacis, der die Rede von Marx überfetzt hatte, sofort durch eine andere Person. Es heißt, daß Marx in seiner Erklärung lebhaft den Wunsch und die bestimmte Erwartung auf eine baldige Räumung des Ruhegebietes zum Ausdruck brachte. Diese Stelle der Ausführungen des Kanzlers wurde angeblich vom Dolmetscher in unglücklicher Form wiedergegeben. Da die Alliierten hieron inzwischen unterrichtet sein dürften, wird die gegen die deutsche Delegation tatsächlich vorherrschende Mißstimmung teilweise gehoben werden können. Aber aus dem Vorkall sollte die deutsche Delegation erfahren, daß in London die Form des Vorgehens wieder einmal alles ist.

Wir hatten in den letzten Tagen bemerkt, daß der Erfolg der Londoner Verhandlungen im wesentlichen von dem Gelingen der deutschen Delegation abhängen wird. Wenn freilich im vorhinem feststand, daß konsequent alle Sozialisten aus der Delegation ausgeschlossen wurden, und daß demzufolge das deutsch-nationale Element einen starken Einfluß haben mußte, war vorherzusehen, daß sich Komplikationen ereignen mußten, wie der vorstehend wiedergegebene Zwischenfall beweist. Weder nach dem Wortlaut der Dawesgutachten, noch auch nach dem Programm der Konferenz, das von Macdonald in seiner Begrüßungsansprache nochmals eng umrissen wurde, durfte die militärische Räumung des Ruhegebietes im Rahmen der eigentlichen Verhandlungen erörtert werden. Der Reichskanzler hat sich scheinbar trotz dieser Ermahnungen an diese Voraussetzungen nicht gehalten, und versucht in prononciertester Form diese „conditio sine qua non“ in den Vordergrund zu rücken. Nach der Darstellung des SPD. wird die Schuld auf den Dolmetscher abgewälzt, der die Ausführungen des Reichskanzlers in unglücklicher Form wiedergegeben haben soll. Wir sind nicht imstande, eine Nachprüfung vornehmen zu können, glauben aber behaupten zu dürfen, daß es sich weder bei dem Reichskanzler, noch bei dem Dolmetscher um einen lapsus linguae handelt, und zwar liefert die deutsche Delegation in London selbst den Beweis für die Behauptung durch den Wortlaut der Antwort, die sie auf das Memorandum der Alliierten Macdonald überreichte ließ. Es lautet:

Herr Präsident! Entsprechend der in der gestrigen Sitzung getroffenen Uebereinkunft beehrte ich mich, Eurer Excellenz außer Begegnungen der deutschen Delegation zu den bisherigen Beschlüssen der Interalliierten Kommissionen zu übersenden. Die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit hat es der deutschen Delegation nicht ermöglicht, sich über alle Einzelheiten der interalliierten Beschlüsse und ihre Tragweite ein sicheres Urteil zu bilden. Ich bitte, die Bemerkungen der deutschen Delegation, insbesondere die Formulierung unter diesem Gesichtspunkte betrachten zu wollen. Dabei nehme ich an, daß die noch erforderliche Klärung im Wege der gegenseitigen Aussprache herbeigeführt werden wird. Im übrigen gestatte ich mir, hervorzuheben, daß die vorliegenden interalliierten Beschlüsse nach Ansicht der deutschen Delegation den mit der Intraffsetzung des Sachverständigenplanes zusammenhängenden Fragenkomplex nicht erschöpfen. Die deutsche Delegation muß insbesondere entscheidenden Wert darauf legen, die Frage der militärischen Räumung der über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete zur Erörterung

zu stellen. Andererseits hat der Herr Präsident der zweiten Kommission in seinem Begleitbrief zu den Beschlüssen dieser Kommission erwähnt, daß die französischen und belgischen Sachverständigen die Zuteilung von etwa 5000 französischen und belgischen Eisenbahndienststellen auf bestimmten Strecken des linksrheinischen Rheins verlangen. Die deutsche Delegation ist der Ansicht, daß diese Forderung mit dem Sachverständigenplan nicht vereinbar ist. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Berücksichtigung meiner ausgezeichneten Hochachtung, geß. Marx.

Die Presseabteilung der Reichsregierung ersucht heute, dieses Ansprechen „aus wichtigen politischen Gründen noch nicht zu veröffentlichen“. Da aber drei uns zugängliche Depeschendebureaus gleichzeitig den Wortlaut verbreiten, dürfte es kaum möglich sein, die Veröffentlichung zu inhibieren, um so weniger, da sich die deutschen, die kommunistischen und noch weniger die ausländischen Journalisten an den Wunsch der Presseabteilung halten dürften. Darum glauben auch wir unsern Lesern das Schreiben nicht vorenthalten zu sollen, um so weniger, als darin die unkluge Haltung der deutschen Delegation auf der Konferenz bestätigt wird. In dem Schreiben wird gesagt:

Die deutsche Delegation muß insbesondere entscheidenden Wert darauf legen, die Frage der militärischen Räumung der über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete zur Erörterung zu stellen.

Die Lösung dieses Problems ist gewiß von größter Bedeutung, ob aber dieser Angelegenheit gebührend sein kann, wenn sich die deutsche Delegation über alle Ermahnungen der Konferenzteilnehmer hinwegsetzt, ist eine Frage für sich. Die militärische Räumung kann erörtert werden außerhalb des Rahmens der Konferenz, aber nur in den bereits vorgesehenen direkten Besprechungen mit Herriot und Theunis. Diesmal scheint es gelungen zu sein, über die entstandenen Schwierigkeiten hinwegzukommen, trotz der deutsch-nationalen Einflüsse, und der „unerlässlichen Bedingungen“, die Herr Professor Hoersch im Reichstage begründete. Wenigstens ist das aus nachstehendem Bericht vom Sonderkorrespondenten des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes zu ersehen, der über die Nachsitzung folgendes berichtet:

Die Abend-sitzung der Chefdelegierten, die um 9 Uhr begann, wurde kurz nach 10 1/2 Uhr beendet. Ihr sachlicher Verlauf zeigte, daß die anfängliche Mißstimmung über den Begleitbrief zum Memorandum, der von der militärischen Räumung spricht, überwunden ist, was zum Teil sicherlich auf den Inhalt des Memorandums selbst zurückzuführen ist, der auch bei der französischen Delegation nicht als unangenehm betrachtet wird. Immerhin bleibt bemerkenswert, daß die anfängliche von Herriot bereits für Donnerstags in Aussicht genommene Besprechung mit Marx vorläufig aufgeschoben worden ist. Die Behauptungen, daß innerhalb der französischen Delegation Erregung herrscht, weil die deutsche Delegation ohne Wissen Herriot's mit Snowden verhandelt habe, sind falsch. Vorläufig wurde nichts unternommen, um derartige Verhandlungen überhaupt zustande zu bringen.

In der Abend-sitzung wurde zunächst von den Verhandlungen, die am Nachmittag zwischen den alliierten und deutschen Sachverständigen stattfanden, Kenntnis genommen. Diesen Beratungen der Sachverständigen lag das deutsche Memorandum zugrunde. Die von den Sachverständigen vorgeschlagene Arbeitsteilung fand die Billigung der Chefdelegierten. Die wichtigsten Fragen werden die Chefdelegierten selbst besprechen. Am Mittwochabend haben sie nur die ersten Punkte der Beschlüsse der ersten Kommission der alliierten Konferenz über die Feststellung der Beschlüsse erörtert. Man spricht davon, daß Fortschritte erzielt worden sind. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Am Donnerstag, um 11 Uhr, werden die Beratungen der Chefdelegierten fortgesetzt. Gleichzeitig treten die Sachverständigen mit Einschluß der deutschen Sachverständigen zu einer Besprechung über die Beschlüsse der zweiten und dritten Kommission der alliierten Konferenz zusammen.

Ueber den Verlauf der Nachsitzung verbreitet der Sonderberichterstatter der Agentur Haas in London eine Darstellung, nach der der Ausdruck „lagrante Beschlüsse“ im Sachverständigenbericht der Hauptgegenstand der Auseinandersetzung gewesen sei. Stresemann hat in diesem Punkt die Möglichkeit einer schiedsgerichtlichen Entscheidung verlangt. Nach französischer Auslegung muß das Wort „lagrante Beschlüsse“ im Sinne von vorläufiger Beschlüssen aufgefaßt werden, wie durch den Verfallter Vertrag festgelegt ist.

Sonnabend Ende der Konferenz?

II. London, 7. August. Der allgemeine Eindruck in Londoner Konferenzkreisen ist zuversichtlich. In amerikanischen und englischen Finanzkreisen herrschte gestern abend gehobene Stimmung. Direkte Verhandlungen zwischen Herriot und Theunis einerseits und dem deutschen Kanzler Marx und Stresemann andererseits haben, wie ausdrücklich festgestellt wird, noch nicht begonnen, jedoch rechnet man bestimmt damit, daß sie morgen oder übermorgen einsehen. Im allgemeinen gibt man der Erwartung Ausdruck, daß die Konferenz Sonnabend beendet sein wird.

Eine Meldung besagt: Der Reichskanzler lege großen Wert darauf, am Sonntag über die Ergebnisse der Londoner Verhandlungen in Münster öffentlich zu sprechen. Er werde, selbst wenn die Verhandlungen erst am Sonnabend zu Ende gehen sollten, seine Heimreise so beschleunigen, daß er seine Rede am Sonntag abend in Münster halten kann.

Ein unerwarteter Zwischenfall. Die irische Grenze.

O. P. London, 4. August.

Es war nicht schwer vorauszufragen, daß die englische Regierung eines schönen Tages, da alles am besten schien und sogar das Ende der Londoner Konferenz und die Parlamentsferien vor der Tür stehen, über irgendeinen plötzlichen Zwischenfall stolpern könnte, den kein Engländer und gewiß kein Europäer voraussehen konnte. Dieses erwartete Unerwartete kann morgen geschehen. Die Regierung, die soeben außenpolitisch eine schwere Probe — die Londoner Konferenz — mit Erfolg bestanden und das in sie gesetzte Vertrauen nicht nur gerechtfertigt, sondern vermehrt hat; die Regierung, die innerpolitisch durch zehn parlamentarische Niederlagen hindurchgegangen ist, ihre wichtigsten gesetzgeberischen Reformen — Mieterschutz, Arbeitslosenfürsorge, Landarbeiterfürsorge, Wohnungsbau — teils gar nicht, teils nur unter den schwersten Opfern und Kompromissen durchdrücken konnte, dieselbe Regierung kann morgen in die Lage kommen, wegen einer unschönen englisch-irischen Formalfrage das Parlament auszulösen. Die Sache erscheint so unverhältnismäßig, daß sie einer näheren Auseinandersetzung bedarf.

Das irische Problem, der Verzweiflungskampf eines sozial, national und religiös unterdrückten Bauernvolkes gegen die englische Herrennation hat jahrhundertlang die Ruhe der englischen Bourgeoisie gestört. Nach dem Kriege, als die große Welle der Revolution, der sozialen und nationalen Erschütterung durch die Welt ging, hat dieser Freiheitskampf wieder einmal die Formen des Aufstandes, des blutigen Bürgerkriegs angenommen. Aber nach einem vergeblichen Versuch, den Aufstand mit der größten Brutalität niederzuschlagen, hat in jenem Augenblick, in dem die englische Bourgeoisie vor der eigenen Arbeiterklasse zitterte, wieder einmal die englische Staatskunst gefiegt: der Vertrag „Treaty“, den die Koalitionsregierung Lord George 1920 mit den irischen Rebellen schloß, gab dem irischen „Freistaat“ innerhalb des britischen Reiches die Selbstständigkeit einer der großen Kolonien. Der heikelste Punkt in diesem Friedensvertrag, der Punkt, an dem in den vorhergehenden Jahrzehnten alle Versuche einer Einigung gescheitert waren, ist die Frage Ulster, der sechs englischen protestantischen Grasschaften im Norden des katholischen Irland. Nach der irischen Auffassung mußte ein selbständiges Irland die ganze „grüne Insel“ umfassen; aber niemals wollte der englische Herrenstolz zugeben, daß das kleine englische Fleckchen im Norden unter die Herrschaft der Rebellen fiel. Noch kurz vor dem Krieg wurde ein ernsthafter Versuch Irlands die Selbstregierung (home rule) zu geben, geradezu durch eine Rebellion Ulsters vereitelt, wobei die englischen konservativen Offiziere sich weigerten, gegen die englischen konservativen Rebellen in Ulster zu marschieren. Der englisch-irische Friedensvertrag hat nun in Irland zwei Staaten gebildet: den „Freistaat“ oder Südstaat mit eigenem Parlament und den Nordstaat (Ulster) mit der Hauptstadt Belfast, der auch weiter Abgeordnete ins englische Parlament neben seinem eigenen wählt. Die größte Schwierigkeit bot die Abgrenzung der beiden Staaten. So steht der Vertrag vor, daß die Grenzen zwischen Irland und Ulster von einer Kommission festgesetzt werden sollen, in die jede der beiden irischen Regierungen einen Vertreter und die britische Reichsregierung den Vorsitzenden ernannt.

Der Vertrag ist von beiden Seiten heftig angegriffen worden. In Irland ist dem Bürgerkrieg, den er beendete, sofort ein zweiter gefolgt: diesmal nicht zwischen Engländern und Iren, sondern zwischen zwei irischen Parteien, den Anhängern des „Freistaates“, die sich mit dem Vertrag zufrieden geben wollten, und den „Republikanern“, die den Vertrag nicht anerkennen und über ihn hinaus bis zur völligen Loslösung und Unabhängigkeit von England, bis zur Erringung der irischen Republik weiterkämpfen wollten. Dieser zweite Bürgerkrieg, noch schrecklicher als der erste, endete mit dem Siege der Freistaatler und der blutigen Unterwerfung der Republikaner; aber unter der scheinbaren Ruhe gärt die Unzufriedenheit in Irland fort und die irische Regierung, die es nach berühmtem Muster versucht hat, auf Maschinenengewehren zu sitzen, wurde erst vor kurzem durch eine aufsehenerregende Meuterei über die Unsicherheit ihrer Lage belehrt. Aber auch die englischen Konservativen von Ulster, die von dem rechten Flügel der Konservativen in England, den Die-Hards (Reaktionären) unterstützt werden, sind mit dem Vertrage höchlich unzufrieden. So hat sich die Regierung des Nordstaates schließlich geweigert, ihren Vertreter in die Grenzbestimmungskommission zu ernennen.

Das ist der ganze sachliche Kern des Konflikts, der heute England in Atem hält; alles übrige ist Stimmung und Prestige. Irland drängt auf Erfüllung des Vertrages. Die englische Regierung hat über diese Frage ein Gutachten der Juristen eingeholt; sie sagen, daß die Weigerung der Regierung des Nordstaates die Einsetzung der Kommission unmöglich mache. Um den Friedensvertrag dennoch auszuführen, bedürfte es eines neuen Gesetzes, das das englische Parlament beschließen müßte, und in welchem die Zusammensetzung der Kommission derart geändert werden müßte, daß etwa der Per-